

Bundestagswahl 2021

Luc Degla

Ein offener Brief an Olaf Scholz



Mohito Verlag

Ein offener Brief an Olaf Scholz

von Luc Degla

Mohito Verlag 2021, Braunschweig
1. Auflage

ISBN 978-3-9812160-8-0

Cover-Illustration und Gestaltung: Christof Vierhock

www.luc-degla.de

Viel Spaß beim Lesen dieser Online-Version meines Buches. Wenn Sie die Print-Version erwerben möchten, erhalten Sie diese für 5,00 € bei Ihrem Buchhändler oder im Internet: www.luc-degla.de

Wenn es Zeit ist, aufzustehen, siegt manchmal die Trägheit.
Das ist normal.

Aber wenn die Trägheit den Aufstand vorbeiziehen lässt,
sollten wir uns Sorgen machen.

Sehr geehrter Herr Scholz,

seit vier Jahren schon habe ich vor, an die SPD und die Gewerkschaften zu schreiben. Warum erst jetzt? Ich reinige meine Geschäftsräume selbst, fahre einkaufen, koche für meine Gäste, unterhalte sie, und irgendwann spät in der Nacht bin ich der letzte, der die Tür abschließt und geht. Wenn ich noch nicht erschöpft bin, fahre ich den Computer hoch und schreibe die Kolumne, die ich in der Braunschweiger Zeitung allwöchentlich veröffentliche.

Während ich am Montag auf der Mülldeponie den Abfall entsorge oder unterwegs in der Stadt bin, klingelt mein Telefon. Die Anrufer fragen nach Reservierungen oder sie laden mich zu einer Lesung ein. Die Tatsache, dass ich in der Gaststätte von Mittwoch bis Sonntag im Einsatz bin, zwingt mich, die Termine für die Lesungen nur auf Montage oder Dienstag zu legen. Für meine Freunde habe ich selten Zeit. Das ist mein Rhythmus. Deswegen bin ich bis jetzt nicht dazu gekommen, Ihnen zu schreiben.

Heute schreibe ich für den kleinen Menschen, der sein Kreuz auf dem Wahlzettel machen wird, damit Sie gewählt werden. Ich schreibe, weil ich von den Verbänden, die diese kleinen Menschen vertreten, nichts Neues höre. Sie werden sicherlich denken, dass niemand mich zu dieser Tätigkeit gezwungen hat. Man hat immer die Wahl. Das stimmt, ich habe mich bewusst für diese Arbeit entschieden, weil ich gerne mit Menschen arbeite.

Selbstständig sein in Deutschland!

Nach dem Studium habe ich festgestellt, dass für einen Drittausländer der Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt nicht selbstverständlich ist. Die Erfahrungen, die ich machen musste, zwangen mich mehr oder weniger, mich für die Selbständigkeit zu entscheiden. Viele Menschen hatten mich davor gewarnt. Aber ich hatte einen Traum, den ich in einem Angestelltenverhältnis nicht hätte verwirklichen können. Es dauerte aber nicht lange, bis ich feststellte, dass ich zum Packesel der Nation geworden bin. Ich bekam zuerst einmal das schöne Prädikat „Arbeitgeber“. Ich habe ein kleines Geschäft und kann mir gerade eine Aushilfe leisten. Müssen alle Arbeitgeber gleich behandelt werden? Wenn ich das Nachbarskind bitte, meinen Rasen zu mähen, muss ich den gleichen Regelungen unterliegen wie ein Unternehmer, der 5.000 Menschen beschäftigt? Das sind Fragen, lieber Herr Scholz, für die wir neue Antworten brauchen. Die Verhältnisse zwischen den Arbeitgebern und den Arbeitnehmern haben sich wegen der Technik im Laufe der Zeit entwickelt. Wenn vor 100 Jahren ein Unternehmen 1.000 Menschen beschäftigt hat, stand die Höhe des Umsatzes in genauer Proportion zu einem Unternehmen mit einer Belegschaft von zehn Mitarbeitern. Heute kann eine Softwarefirma mit zehn Angestellten genauso viel oder mehr Umsatz machen wie ein Unternehmen mit 10.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Da die Besteuerung eines Unternehmens und weitere

Abgaben wie die Rundfunkgebühren, die Beiträge für die Genossenschaften und die Versicherungen von der Zahl der Beschäftigten abhängen, kann man behaupten, dass der Staat denjenigen bestraft, der viele Menschen angestellt hat. Die Konsequenz daraus ist, dass die Unternehmen in erster Linie damit beschäftigt sind, ihren Personalstamm niedrig zu halten, um ihren Gewinn maximieren zu können. Ich bin selbst keine Ausnahme. Vor fünf Jahren hatte ich vier Mann in der Küche. Heute sind es nur noch zwei. Ich schneide kein Gemüse mehr vor Ort, die Kartoffeln werden geschält vom Großhändler bezogen. Obwohl ich in einer personalintensiven Branche tätig bin, muss ich rationalisieren. Ich lasse meine Gäste ihre Getränke selbst holen, weil ich dadurch Personal bzw. Stress spare. Die Deutschen werden in zwanzig Jahren die Zahl der Restaurants in ihren Städten an ihren zehn Fingern abzählen können. Ich bin überzeugt, dass die Restaurants durch große Kantinen ersetzt werden.

Der Mindestlohn ist nicht alles

Ich habe am 09.05.2021 Ihre Rede gehört, als Sie zum Kanzlerkandidaten der SPD gekürt worden sind. Sie versprechen einen Mindestlohn von 12,00 Euro netto. Ich fragte mich, warum deutsche Politiker höhere Löhne versprechen, obwohl sie keine Fabriken besitzen. Oder haben Sie, lieber Herr Scholz, ein Unternehmen, in dem Sie ihren Mitarbeitern höhere Löhne als die Mitbewerber zahlen? Wegen Ihres Versprechens, 12,00 Euro pro Stunde zu

fordern, habe ich beschlossen, Ihnen endlich zu schreiben, um Ihnen mitzuteilen, dass für die deutsche Gesellschaft nicht der Mindestlohn wichtig ist, sondern die Struktur des Arbeitsmarkts, die reformiert werden muss, ohne die ideologische Fokussierung auf die Masse der Arbeiter, die heute nicht mehr auf dieselbe Weise ausgebeutet werden wie vor 100 Jahren. Ich bin zu dem Schluss gekommen, dass die typischen Probleme einer Gesellschaft, wie Arbeitslosigkeit und Armut, nie abgeschafft werden können. Der Gleichgewichtspunkt verschiebt sich nur, und diese Tatsache betrifft gerade den deutschen Einzelunternehmer und die deutsche Einzelunternehmerin.

12 Euro netto pro Stunde an den Arbeitnehmer! Das sind 15,60 Euro für den Arbeitgeber, wenn man die Lohnnebenkosten, die der Staat nicht senken möchte, mitrechnet. Wovon soll ich meinen Mitarbeiter bezahlen, wenn meine Gäste nicht bereit sind, fünf Euro für 0,33 l Bier zu zahlen und genauso viel wie vorher zu trinken? Denn es reicht nicht, dass der Kunde sagt: „Ich zahle gerne mehr.“ Er muss hinzufügen: „Ich verzehre oder kaufe auch genauso viel.“

Zufriedene Mitarbeiter bedeuten mehr Umsatz. In einem Kleinbetrieb, in dem ich nah an meinen Mitarbeitern bin, kann ich mir kaum unzufriedene Angestellte leisten. Aber die Staatslenker vermuten, dass es ihnen schlecht geht, und versuchen ständig, sie zu bevormunden. Warum machen Sie keinen Unterschied zwischen den Konzernen

und den Zeitarbeitsfirmen einerseits und den Kleinunternehmen andererseits?

Job vs. Arbeit

Während meiner Studienzeit habe ich in einer Diskothek Gläser eingesammelt. Für mich war das keine Arbeit, sondern ein Job. Mit einer Arbeit kann ich meine Familie ernähren, während ich mit einem Job mein Taschengeld aufbessern möchte. Den Staat interessieren hauptsächlich die Einnahmen der Rentenkasse, Geld muss dorthin fließen. Egal wie. Den Bürgern gegenüber zeigt er sich fürsorglich, aber ich bezweifle angesichts des Verwaltungsapparats, ob diese Aufgabe sich rechnet, denn ich frage mich, wie hoch die Verwaltungskosten sind, um den Minijobsektor zu überwachen. Lohnt sich das überhaupt?

Schauen Sie mal: Wenn eine von meinen Aushilfskräften eine zusätzliche Stelle bei einem anderen Arbeitgeber findet, bekomme ich ein Schreiben von der Knappschaft, sobald der andere Arbeitgeber sie anmeldet. (Siehe Abbildung „Schreiben von der Knappschaft“ auf der nächsten Seite).

Das zeigt, dass alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Deutschland in einer Datenbank gespeichert sind. Egal, welche Tätigkeiten sie ausüben und wie viel sie verdienen. Eine Tatsache, die ich jedes Mal hinterfrage, wenn solche Schreiben in meinem Briefkasten landen. Ich beschäftige einen Grillmeister, der kommt nur, wenn ich ein

die
minijobzentrale

einfach. informieren. anmelden.

Deutsche Rentenversicherung
Knappschaft-Bahn-See
Dezernat VII.3/ÜS
45115 Essen
minijob-zentrale.de

Überprüfung Beschäftigungsverhältnisse

Ihr/e Ansprechpartner/in

Servicezeit
Montag - Freitag 07.00 - 17.00 Uhr

Tel. 0201 384-73214
Fax 0201 384-979797
E-Mail minijob@minijob-zentrale.de

Online-Kontaktformular
minijob-zentrale.de/kontaktformular
(Gesicherte Datenübertragung)

Datum
19. Mai 2021

Minijob-Zentrale • 45115 Essen

SF 3C5D AF71 AA 7000 1338
DV 05.21 0,80 Deutsche Post 

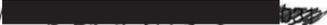


*K4031*373*
Luc Degla Sowjethaus
Am Markt 6
38108 Braunschweig

Bitte bei allen Rückfragen angeben!
Versicherungsnummer

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom
27534085

Melde- und Beitragsverfahren Versicherungsstatus in der Rentenversicherung

Arbeitnehmer/ 

Arbeitgeber/-in: Sowjethaus, Am Markt 6, 38108 Braunschweig

Sehr geehrte Damen und Herren,

nach unserem Datenbestand übt Ihr/e Arbeitnehmer/in mehrere Minijobs aus.

In der Beschäftigung bei Ihnen besteht Versicherungsfreiheit in der Rentenversicherung. Wir gehen davon aus, dass Ihr/Ihre Arbeitnehmer/-in die Befreiung von der Rentenversicherungspflicht bei Ihnen beantragt hat. Diese Befreiung wirkt sich auch auf die weitere Beschäftigung aus, in der Rentenversicherungspflicht besteht.

- Entscheidend ist deshalb, ob die Beschäftigung bei Ihnen noch ausgeübt wird. Falls nicht, dann melden Sie Ihre/n Arbeitnehmer/in bitte ab.
- Sollte unsere Einschätzung hinsichtlich des Antrages auf Befreiung von der Rentenversicherungspflicht unzutreffend sein, bitten wir Sie um kurzfristige Benachrichtigung.

Wenn Sie Fragen haben, rufen Sie uns an. Wir beraten Sie gerne. Sie finden uns auch im Internet unter minijob-zentrale.de.

Mit freundlichen Grüßen

Ihre Minijob-Zentrale

Dieses Schreiben ist auch ohne Unterschrift gültig.



Deutsche Rentenversicherung
Knappschaft-Bahn-See
Minijob-Zentrale
Dezernat VII.3.1/2
45115 Essen

Anlage
Fragebogen „Angaben für die versicherungsrechtliche Beurteilung einer Beschäftigung“

Ihre Anfrage vom 09. Juni 2021

Sehr geehrte Damen und Herren,

Sie erhalten den Fragebogen ausgefüllt und unterschrieben zurück.

Beispiel zur Ermittlung des durchschnittlichen SV-Entgelts:

Das durchschnittliche (regelmäßige) SV-Entgelt ergibt sich aus den laufenden und einmaligen Einnahmen aus einer Beschäftigung. Bei geringfügig entlohnten Beschäftigten ist das SV-Entgelt das Entgelt, von dem Sie **Abgaben** an die Minijob-Zentrale zahlen.

Dividieren Sie das laufend gezahlte SV-Gesamtentgelt ab Beschäftigungsbeginn durch die Anzahl der abgerechneten Monate (maximal für die letzten 12 abgerechneten Monate). Diesem Wert rechnen Sie ein Zwölftel der gezahlten bzw. zu erwartenden Einmalentgelte (z. B. Weihnachtsgeld, Urlaubsgeld) hinzu. Sollte die Beschäftigung auf weniger als 12 Monate befristet sein, ist der Divisor für die anteilige Ermittlung der Einmalzahlungen entsprechend zu reduzieren (z. B. 1/10 der Einmalzahlungen bei zehn Beschäftigungsmonaten).

Beispiel:

Die unbefristete Beschäftigung besteht seit fünf Monaten. Das in dieser Zeit erzielte laufend gezahlte SV-Gesamtentgelt beträgt 1.210,00 Euro.

Hierdurch ergibt sich ein durchschnittliches
laufendes SV-Entgelt in Höhe von

242 Euro (1.210 Euro : 5)

Urlaubsgeld wurde bereits in Höhe von 100,00 Euro
gezahlt, darüber hinaus steht im Monat November
ein Weihnachtsgeld in Höhe von 200,00 Euro zu.

Hieraus ergibt sich ein zu berücksichtigendes
einmaliges SV-Entgelt in Höhe von

25 Euro (1/12 von 300 Euro).

Durchschnittliches monatliches SV-Entgelt
(laufende und einmalige Einnahmen):

267 Euro

Achtung: Dieser Beleg wird maschinell gelesen. Bitte beschriften Sie daher ausschließlich die gekennzeichneten Felder. Zusätzliche bzw. außerhalb gemachte Angaben werden nicht erkannt.

Arbeitnehmer:N Vorname V **Arbeitgeber:**

Betriebsnummer: 27534085

Name: Sowjethaus

Angaben für die versicherungsrechtliche Beurteilung einer Beschäftigung

1. Ende der Beschäftigung

Tag			Monat			Jahr			

(nur ausfüllen bei bereits beendeter bzw. in spätestens vier Wochen endender Beschäftigung)

Weitere Angaben sind auch dann zu machen, wenn zu Punkt 1 ein Ende der Beschäftigung eingetragen wurde!

2. Durchschnittliches monatliches SV-Entgelt,
von dem Sie Pauschalbeiträge zahlen ⁴⁾

E	U	R	C	T			

Bevor Sie den Punkt 3 beantworten, beachten Sie bitte folgenden Auszug aus § 8 Absatz 2 Sozialgesetzbuch -Viertes Buch-

[Satz 3] Wird beim Zusammenrechnen [...] festgestellt, dass die Voraussetzungen einer geringfügigen Beschäftigung nicht mehr vorliegen, tritt die Versicherungspflicht erst mit dem Tage ein, an dem die Entscheidung über die Versicherungspflicht [...] bekanntgegeben wird. [Satz 4] Dies **gilt nicht**, wenn der Arbeitgeber **vorsätzlich** oder **grob fahrlässig** versäumt hat, den Sachverhalt für die versicherungsrechtliche Beurteilung der Beschäftigung aufzuklären.

3. Unsere Entgeltunterlagen enthalten den Nachweis, dass wir die/den Arbeitnehmer/-in nach weiteren Beschäftigungen schriftlich befragt haben sowie ihre/seine Bestätigung, dass sie/er uns die Aufnahme weiterer Beschäftigungen anzeigt.

 nein ja

4. Ist Ihr/-e Arbeitnehmer/-in gesetzlich krankenversichert?

 nein ja_____
(Name der Krankenkasse)

5. Die / der Arbeitnehmer/-in gehört

 zur Personengruppe der Altersvollrentner, zur Personengruppe der Studenten, zur Personengruppe der Schüler oder keiner der hier aufgeführten Personengruppen an._____
(Ort, Datum)_____
(Stempel, Unterschrift, Tel.-Nr., Fax-Nr.)

⁴⁾ Unter SV-Entgelt ist das Bruttoarbeitsentgelt für die Sozialversicherung zu verstehen. Hierbei handelt es sich um den Betrag, von dem Beiträge zu zahlen sind. Steuerfreie und somit auch beitragsfreie Entgeltbestandteile sind hierbei nicht zu berücksichtigen. Zur Ermittlung des durchschnittlichen SV-Entgelts verweisen wir auf das Beispiel auf der Vorderseite.

die
minijob zentrale

einfach. informieren. anmelden.

**Deutsche Rentenversicherung
Knappschaft-Bahn-See**
Dezernat VII.3/ÜS
45115 Essen
minijob-zentrale.de

Überprüfung Beschäftigungsverhältnisse

Ihr/e Ansprechpartner/in

Servicezeit
Montag - Freitag 07.00 - 17.00 Uhr

Tel. 0201 384-73237
Fax 0201 384-979797
E-Mail minijob@minijob-zentrale.de

Online-Kontaktformular
minijob-zentrale.de/kontaktformular
(Gesicherte Datenübertragung)

Datum
09. Juni 2021

Minijob-Zentrale • 45115 Essen

5F 3C5D AF71 BE 9000 61A9
DV 06.21 0,80 Deutsche Post 

*K4031*1845*
Luc Degla Sowjethaus
Am Markt 6
38108 Braunschweig

Bitte bei allen Rückfragen angeben!
Versicherungsnummer

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom
27534085

**Melde- und Beitragsverfahren
Prüfung des Vorliegens bzw. Beurteilung einer Mehrfachbeschäftigung**


Sowjethaus
Luc Degla

Betriebsnummer: 27534085

Sehr geehrte Damen und Herren,

nach unserem Kenntnisstand übt Ihr/-e Arbeitnehmer/-in **mehrere** geringfügig entlohnte Minijobs aus. Deshalb prüfen wir, ob es sich tatsächlich um eine Mehrfach-Beschäftigung handelt und durch eine Zusammenrechnung der Beschäftigungen Versicherungspflicht eintritt.

Bitte senden Sie den beiliegenden Fragebogen innerhalb von **vier Wochen** ausgefüllt und unterschrieben an uns zurück. Sobald Ihr Fragebogen vorliegt, werden wir entscheiden, ob weiterhin ein geringfügig entlohnter Minijob oder eine mehr als geringfügige versicherungspflichtige Beschäftigung vorliegt.

Antworten Sie bitte **nur mit diesem Beleg**, weil wir Ihre Post maschinell zuordnen und auswerten.

Ein geringfügig entlohnter Minijob liegt vor, wenn das Arbeitsentgelt im Monat 450 Euro nicht übersteigt. Werden gleichzeitig mehrere Minijobs ausgeübt, sind sie zusammenzurechnen. Sofern eine versicherungspflichtige Hauptbeschäftigung vorliegt, bleibt der zeitlich zuerst ausgeübte Minijob anrechnungs- und versicherungsfrei.

Ihre Auskunftspflicht ergibt sich aus § 98 Absatz 1 Sozialgesetzbuch -Zehntes Buch- (SGB X).

Bitte geben Sie bei jedem Schriftwechsel unbedingt die Versicherungsnummer an.

Grillbuffet anbiete. Wenn meine Kunden monatelang kein Grillbuffet bestellen, erhalte ich von der Knappschaft ein Schreiben, in dem ich gefragt werde, ob der Grillmeister noch bei mir arbeitet.

2020 war es bekannt, dass die Gastronomie aufgrund der Pandemie gezwungen wurde, zu schließen. Trotzdem erhielt ich viele Anfragen von der Knappschaft, in denen Informationen über meine Mitarbeiter angefordert wurden. Ein Staatsangestellter verdient im Durchschnitt 2.000 Euro im Monat, und dieser kümmert sich um Verdienste von 50 Euro oder 200 Euro im Jahr! Wie rechnet sich das?

Neben der Wirtschaftlichkeit dieses Verfahrens sollte man auch bedenken, dass die Jugendlichen von der Arbeit abgehalten werden. So wie die Strukturen heutzutage sind, höre ich oft: „Ich darf nicht dazu verdienen!“ Solche Sätze tun weh, wenn man verzweifelt eine Aushilfe sucht und selbst bis zu 16 Stunden pro Tag arbeitet, um dem Staat Steuern zu zahlen.

Im Jahr 2017 schaltete ich eine Anzeige, um eine Aushilfe einzustellen. Eine 67-jährige Frau bewarb sich: „Ich möchte teilhaben, Kleingeld verdienen, um Theater besuchen oder ins Kino gehen zu können.“ Wir einigen uns darauf, dass sie maximal zehn Stunden pro Monat arbeitet. Sie sollte nur die Gäste empfangen und sich in den ersten Stunden um ihr Wohl kümmern, während ich noch in der Küche am Werk bin. Der kritische Zeitpunkt, wenn

eine Gesellschaft anwesend ist. Eine Woche, nachdem ich die Frau angemeldet hatte, rief sie mich an: „Die Rentenversicherung hat mir ein Schreiben geschickt. Sie wollen das, was ich bei Ihnen verdiene, mit meiner Witwenrente verrechnen. Das möchte ich nicht. Es tut mir leid, ich kann die Stelle nicht antreten.“

In den Vorlesungen für Wirtschaftswissenschaft habe ich viel über Gewinn und Kosten gehört. In Marketing wurde mir beigebracht, wie man Kunden akquiriert. Aber nie habe ich ahnen können, dass ich Aufträge absage, weil ich keine Mitarbeiter finde.

Meine Erfahrungen in einer Zeitarbeitsfirma

Nachdem ich mich selbstständig gemacht hatte, fehlte es mir an Geld. Keine Bank wollte mir Kredite geben. Ich hatte es satt, meine Freunde zu fragen. Also beschloss ich, zu einer Zeitarbeitsfirma zu gehen, um zusätzlich etwas zu verdienen, es war in der Zeit von September bis Dezember 2010. Trotz einer Vierzigstundenwoche und der Fahrt zu der Einsatzstelle in meinem eigenen Auto hatte ich nicht mal 1.000 Euro pro Monat nach Hause mitnehmen können. Obwohl sie 7,50 Euro pro Stunde bezahlte, hatte die Zeitarbeitsfirma einen höheren Zulauf von Bewerbern, als ich in meiner Gaststätte, in der ich zehn Euro pro Stunde zahlte. Wissen Sie warum? Die Vertreter der Zeitarbeitsfirma sagten den arbeitslosen Damen und Herren, die sich bewarben, dass sie festangestellt und voll be-

schäftigt würden. In der Hoffnung, dass sie übernommen werden, konkurrierten die Leiharbeiter unter sich auf den verschiedenen Einsatzstellen. Man versuchte unbedingt dem Meister aufzufallen und zu gefallen und es bildeten sich Gruppen, je nach Zugehörigkeit zu den unterschiedlichen Zeitarbeitsfirmen. Selbst an der untersten Ebene der Arbeitspyramide machten sie Unterschiede und blieben unter sich. Es war interessant, dieses soziale Phänomen zu beobachten.

In meiner kleinen Gaststätte kann ich niemandem versprechen, dass er in ein paar Jahren in die Chefetage kommt. Obwohl ich zehn Euro pro Stunde bezahlt habe, hat niemand mit dem Geld, das er bei mir verdient hat, seinen Lebensunterhalt bezahlen können. Ich habe nicht viele Stunden anzubieten. Insofern habe ich gegenüber einer Zeitarbeitsfirma kaum eine Chance auf dem Arbeitsmarkt. Sie sehen jetzt noch deutlicher den Unterschied zwischen einer Arbeit und einem Job.

Wie gesagt, während meiner Einstellung wurde mir mitgeteilt, dass ich festangestellt gewesen sei. Als ich am 17. Dezember 2010 in die Geschäftsräume der Zeitarbeitsfirma kam, um meinen Scheck abzuholen, lagen Zettel für alle Beschäftigten auf dem Tisch. Wir sollten unterschreiben, dass wir unbezahlten Urlaub beantragen, um über die Feiertage unsere Großeltern zu besuchen. Ich war der einzige Ausländer in dem Raum, ich blickte die deutschen Kollegen an, um festzustellen, ob jemand sich weigern

würde. Niemand. Nur eine Person sagte: „Aber ich stehe noch zur Verfügung.“ „Wir haben gerade nichts. Wir rufen Sie an, wenn zwischen den Feiertagen etwas rein kommt.“ Dieses Ereignis fand in Deutschland statt, vor den Augen der Öffentlichkeit. Ich sage Öffentlichkeit, weil alle Leiharbeiter, die dort standen, die Augen der Öffentlichkeit sind. Lächelnd sagte ich noch: „Ich bin über vierzig Jahre alt, und meine Oma lebt nicht mehr. Schreiben Sie lieber, ich fahre in die Heimat.“

Gott sei Dank, bekam ich im Januar 2011 einen Auftrag in der Schweiz, und damit endete meine Experience in einer Zeitarbeitsfirma in Deutschland.

Als die Bundesregierung im Jahr 2015 die Einführung eines Mindestlohnes beschloss, dachte ich, dass dies nur die großen Unternehmen und vor allem die Zeitarbeitsfirmen betreffen würde. Verblüfft stellte ich fest, dass diese Entscheidung auch mich betrifft, einen kleinen Gastromomen. Achselzuckend dachte ich, dass ich sowieso über der Lohnuntergrenze lag. Wie gesagt, ich bezahlte zehn Euro die Stunde, als der Staat den Mindestlohn auf 8,70 Euro festsetzte. Da die Bundesregierung aber ihre Bürger gerne bevormundet, glaubte sie nicht, dass die Mitarbeiter in der Gastronomie sich wehren können und darauf bestehen, dass ihnen der Mindestlohn zusteht, und führte die Aufzeichnungspflicht ein. Ein Kellner, der meine Gaststätte betritt, schreibt die Ankunftszeit auf. In der Automobilfabrik, wo ich als Werkstudent tätig war, habe ich

erst gestempelt, nachdem ich mich umgezogen habe. Die Fabrik kann den Takt der Bänder bestimmen. In einem kleinen Betrieb wie meiner Gaststätte, konnte ich schlecht die Raucherpause und die Leerläufe abziehen. Fazit, ich bezahle viel mehr als eine Fabrik. Die Gaststättenverbände haben gegen die Aufzeichnungspflicht protestiert, die Arbeitsministerin zu der Zeit kam von Ihrer Partei, sie bestand darauf und sagte, es gehe um die Gerechtigkeit. Eine Gerechtigkeit zu Lasten der Kleinarbeitgeber, weil große Betriebe wie Tönnies, ihre Mitarbeiter viel günstiger aus Osteuropa holen können.

Frühere Instrumente in der Gastronomie

Früher funktionierte die Gastronomie mit verschiedenen Instrumenten, wie zum Beispiel die Umsatzbeteiligung, um die Mitarbeiter zu motivieren. Alle ziehen am selben Strang. Seit der Einführung des Mindestlohns kann ich mir dieses Instrument nicht mehr vorstellen. Genauso konnte ein Wirt oder ein Kioskbesitzer an schwachen Tagen, an denen er es sich leisten konnte, nicht selbst im Geschäft zu stehen, sich mit einem Studenten zu einigen, der während der Arbeit in einer Ecke sitzen und lernen konnte.

Die Gastronomen fingen an, wie in einer Fabrik, an eine Automatisierung zu denken, auf Neudeutsch spricht man von Convenience-Produkten, um die Arbeitszeiten so weit wie möglich zu reduzieren und den fehlenden Koch zu kompensieren.

Der Stellenwert der Gastronomen für die Gesellschaft

Für wen funktioniert der Staat? Ist das kleine Gewerbe bzw. die Gastronomie für die Gesellschaft noch wichtig? Wo soll die arbeitende Gesellschaft sich nach der Arbeit erholen? Wo sollen die Kinder in der Zukunft ihre Konfirmation feiern und lächelnd mit ihren Geschenken nach Hause gehen? Wo sollen die Erwachsenen in der Zukunft ihre Geburtstage feiern und am nächsten Tag fröhlich zur Arbeit gehen? Wo sollen sich die Menschen treffen, um zusammen zu trauern und sich von ihren Verstorbenen zu verabschieden? Ich merke, dass ich, als Gastronom, für diese Gesellschaft nützlich bin, wenn die Menschen in meiner Gaststätte ihren Feierabend verbringen.

Ich finde niemanden, der bereit ist, den Boden in der Gaststätte zu wischen. Wir haben heute das, was die Wirtschaftswissenschaftler einen Arbeitnehmermarkt nennen. Mit der Hilfe des Staates sind die Arbeitnehmer gegenüber den Arbeitgebern stärker. Viele Menschen im Lande finden das gut, weil sie das Bild der Arbeitgeber im 19. Jahrhundert vor ihrem geistigen Auge haben. Die Möglichkeiten, einen Arbeitnehmer grenzenlos auszubeuten, sind gering. Manchmal habe ich das Gefühl, für meine Angestellten zu arbeiten. Ich kann bis zu 16 Stunden am Tag arbeiten, das ist normal, ich bin selbst schuld.

Normalerweise müsste ich mich vor meinen Mitarbeitern fürchten. Ich müsste Angst haben, dass sie ihre Stellen

bei mir kündigen und dass zwei Straßen weiter eine neue Gaststätte öffnet. So funktioniert eine Gesellschaft, in der die Menschen Hoffnung haben und Geld verdienen wollen. Leider ist das in Deutschland nicht mehr so. Meine Angestellten schauen mir bei der Arbeit zu und sagen: „Niemals werde ich das tun.“

Die Arbeitspyramide in Deutschland heute

Die Arbeitsstruktur eines Landes sollte eine Pyramide sein. Ein Architekt kann kein Haus errichten, wenn er keine Wasserträger, keine Maurer usw. hat. Er braucht Menschen, die ihm zuarbeiten. Ein General kann nur mit Soldaten einen Krieg gewinnen. Aber in Deutschland bricht diese Struktur auseinander. Die Politik demotiviert die, die arbeiten wollen, aber schafft es nicht, die, die nicht arbeiten wollen, zu mobilisieren.

Die neuen Technologien ermöglichen es uns zu glauben, Architekten sein zu können. Einige Menschen brauchen nur eine Software zu installieren - und schon glauben sie, ein Haus bauen zu können. Es wäre schön, wenn sie einen Spaten in die Hand nehmen würden, stattdessen bieten sie sich als „Dienstleister“ an.

2015 kam ein junger Mann auf mich zu und schlug mir vor, die Vermietung meines Tanzsaals zu vermitteln. Er würde mich in einer Datenbank aufnehmen, wenn ein Kunde über ihn meine Räumlichkeiten buche, bekäme er eine Provision von 10% auf den Mietpreis.

Ich sagte ihm: „Ein Jahr hat 52 Wochen. Die Leute feiern selten in den Ferien, also musst du sechs Wochen abziehen. Meine Kunden feiern auch ungern freitags. Wir kommen insgesamt auf ungefähr 60 Feiern im Jahr. Davon werde ich vielleicht 50 direkte Anfragen bekommen. Dir blieben nur zehn Termine im Jahr! Außerdem glaubst du, dass es mir Spaß machen würde, hier zu ackern, damit du auf dem Sofa 10% von meinen Mieteinnahmen erhältst?“ Er schaute mich verdutzt an. „Was bist du von Beruf?“ fragte ich. „Koch.“ „Du kannst bei mir sofort anfangen. Ich suche einen Koch.“ „Ich möchte nicht kochen, darum mache ich das hier.“ „Dann such dir einen anderen Sklaven, den du ausbeuten kannst.“

Die Inflexibilität der Arbeitsgestaltung

Deutschland ist ein konzernfreundliches Land. Die Gesetze werden mit Blick auf die Konzerne verabschiedet. Ein Gang durch Braunschweig zeigt mir, wie viele Eckläden aufgegeben haben. Solche Einrichtungen sind so unrentabel geworden, dass die Eigentümer sie in Wohnungen umgewandelt haben. Als ich 1994 nach Braunschweig kam, gab es schon keine deutschen Tante-Emma-Läden mehr. Nach und nach sind uniformierte Supermärkte überall aus dem Boden gestampft worden. Genauso prognostiziere ich, dass die Deutschen bald ihren Geburtstag bei Aldi, LIDL und Edeka feiern werden. Das Großkapital wird die Restaurants in Kantinen umwandeln. Die Konzerne können auf unterschiedliche Weisen ihren Bedarf an Ar-

beitnehmern stillen. Einige gründen ihre eigenen Zeitarbeitsfirmen, andere bedienen sich dank der Europäischen Union überall in Europa. Den Kleinarbeitgebern, zu denen ich mich zähle, wird jede Möglichkeit genommen, die Arbeit flexibel zu gestalten.

Peter arbeitete in einem Kiosk und verdiente 700,00 Euro netto im Monat. Das reichte ihm nicht. Da sein Chef sich weigerte, seine Stundenzahl zu erhöhen, sprach er mich an. Er wollte von mir auch 700,00 Euro netto haben. Damit hätte er 140 Stunden pro Monat gearbeitet. Ich überlegte, mich mit seinem Arbeitgeber zusammensetzen, damit wir ihm eine volle Stelle anbieten können. Eine Art Joint Venture wie es die großen Firmen machen. Das ging nicht. Ich hätte ihn unabhängig von seinem Chef einstellen müssen. Das hätte sich wegen der Lohnnebenkosten weder für ihn noch für mich gelohnt.

Ich gab auf. Sein Arbeitgeber verlor ihn ebenfalls. Er fand in einem Supermarkt eine Vollzeit-Anstellung.

Mein Vorschlag

Im Grunde genommen ist es für den Staat und seine sozialen Organe, wie die Rentenkasse, die Krankenkasse und die Sozialversicherung, wichtig, dass ihnen kein Cent entgeht, der ihnen gesetzlich zusteht. Mit meinem Vorschlag werden die Höhen der Einnahmen bei den Minijobs gleich

bleiben, obwohl eine andere Dynamik auf dem Arbeitsmarkt entstehen wird, weil die Arbeitgeberin und der Arbeitnehmer nicht mehr aneinander gefesselt sind. Die Verknüpfung an eine Stelle wird nicht personengebunden an die Knappschaft übermittelt, sondern die Überwachung des Arbeitsmarktes wird über die Zahl der geleisteten Stunden erfolgen. Es wird jedem Bürger die Gelegenheit gegeben, soviel zu jobben, wie er oder sie möchte.

Ein lokaler Politiker der SPD sagte mir, dass es in der aktuellen Arbeitspolitik darum gehe, dass jemand der fünf Minijobs hat, genauso viel Rentenversicherung zahlt wie einer, der genau denselben Betrag mit einer einzigen Stelle verdient.

Zurzeit ist es so, dass sobald jemand, der einen Minijob hat, sich einen weiteren nimmt, die Knappschaft an den ersten Arbeitgeber schreibt und ihn auffordert, die von ihm ausgezahlten Löhne offenzulegen. Ein zusätzlicher Aufwand für die Arbeitgeber. Wenn jemand Studenten oder Jugendliche beschäftigt oder einen Betrieb mit hoher Mitarbeiterfluktuation hat, kann er jede Woche mindestens ein Formular für die Knappschaft ausfüllen.

Aktueller Stand:

Maria arbeitet geringfügig für den Arbeitgeber X. Wenn Maria 10,00 Euro pro Stunde verdient und 40 Stunden im Monat leistet, ergibt das folgende Rechnung:

Ihr Nettolohn beträgt 400,00 Euro

X überweist 30% von 400 Euro = 120,00 Euro an die Knappschaft.

- Falls X in einem Monat viel zu tun hat, und Maria 46 statt 40 Stunden beschäftigt, muss X sie ummelden und ihre Sozialversicherung an die Krankenkasse überweisen. Im folgenden Monat, wenn Maria 30 Stunden geleistet hat, muss sie wieder umgemeldet werden, der Arbeitgeber X überweist 30 % an die Knappschaft. Hier freut sich bei diesem Aufwand ein Dritter im Bund: der Steuerberater, der sich um die Anmeldungen und Abmeldungen kümmert und sein Honorar kassiert.

- Maria reicht das Geld nicht, das sie bei X verdient. Sie möchte bei den Nachbarn das Treppenhaus einmal im Monat für 50,00 Euro reinigen. Solange sie bei X nicht mehr als 400 Euro verdient, wird Y 50,00 Euro an Maria zahlen und 30% an die Knappschaft überweisen. Dieser Fall ist sehr schwierig, weil sich Arbeitgeber X und Y meistens nicht kennen und sich deswegen nicht abstimmen können. Um sicher zu gehen, muss Y die 50 Euro, die er zahlt, sozialversicherungspflichtig machen. Es wird dann für die beiden uninteressant. Y wird weiter nach einer anderen Aushilfe suchen, obwohl Maria den Job erledigen möchte.

- Falls Maria eine Praktikantenstelle gefunden hat und dafür 300,00 Euro pro Monat verdient, so wird sie X sagen, dass sie nicht mehr als 150,00 Euro dazu verdienen darf.

X muss dann jemanden für die frei gewordenen Stunden suchen.

Welche Jugendlichen werden noch Spaß daran haben, hier Geld zu verdienen? Noch komplizierter wird es, wenn ein dritter Arbeitgeber ins Spiel kommt. Die Löhne, die der Dritte netto auszahlen würde, bekommen so viel Abzüge, dass es sich für den Arbeitnehmer überhaupt nicht lohnt, es zu versuchen.

Der alternative Vorschlag

In der Bundesrepublik kann man heute anhand eines Smartphones Geld überweisen, Informationen empfangen, Flugtickets kaufen, Essen bestellen, Kinokarte kaufen, aber die Vermittlung von Arbeit ist kompliziert. Die starre Bindung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern sollte aufgelöst werden.

Da alle Bürger bei der Knappschaft registriert sind und von ihr überwacht werden, sollten zwei Konten eingerichtet werden: Arbeitnehmerkonto und Arbeitgeberkonto.

Maria möchte für X arbeiten: Sie loggt sich bei ihrem Konto ein und meldet: „Ich fange bei X an“.

X öffnet zeitgleich sein Arbeitskonto und meldet: „Maria fängt bei mir an“. Wenn eine Kontrolle durch den Zoll stattfindet, so brauchen die beiden nur ihr Konto zu zeigen, das zu diesem Zeitpunkt aktiv sein muss. Jeder trägt selbst die Arbeitsstunden ein und meldet sich ab.

Das System kann eine Abweichung prüfen und melden.

X zahlt Maria am Monatsende 400,00 Euro aus und überweist 30% des Betrags – sprich 120 Euro – an die Knappschaft, anonym abgekoppelt von Maria.

Maria kann bei Y unabhängig von X arbeiten. Die Knappschaft braucht nicht bei X zu prüfen, wieviel Maria verdient, weil sich alle eingetragen haben.

Y zahlt 50,00 Euro an Maria und 30% davon (15,00 Euro) an die Knappschaft.

Heute kann ein Arbeitnehmer bei einem einzigen Arbeitgeber bis zu 800,00 Euro netto verdienen. Die Spanne zwischen 451,00 Euro und 800,00 Euro ist die Gleitzone. Für den Arbeitnehmer ist brutto gleich netto. Und der Arbeitgeber zahlt 30 %, das heißt zwischen 135,30 und 240,00 Euro an die Krankenversicherung. In der anonymisierten Form erhält die Knappschaft trotz der anonymisierten Überweisungen der verschiedenen Arbeitgeber diesen Betrag. Die Knappschaft kann den Betrag an die Krankenversicherung überweisen.

Falls am Monatsende Maria mehr als 800,00 Euro von ihren verschiedenen Arbeitgebern erhält, soll die Knappschaft die Krankenversicherung bezahlen. Ich verlasse mich auf die Experten, eine Regelung zu finden, die sicherstellt, dass die Einnahmen durch Minijobs 800,00 Euro nicht übersteigen.

Diese Methode hätte einen Vorteil: Falls ein Arbeitgeber zu viele Minijob-Stunden auf seinem Arbeitgeberkonto hat, kann er gezwungen werden, Stellen in Vollzeit zu besetzen.

Beispiel:

In der Regel ergibt eine volle Stelle 140 Stunden pro Monat. Wenn ein Arbeitgeber durchschnittlich viele Minijobstunden vergibt, nehmen wir zum Beispiel 1.400 Stunden pro Monat, hat er theoretisch das Potenzial für zehn Arbeitsstellen. Rechnerisch kann man ihn zwingen, mindestens ein Drittel der Stunden in Vollzeit-Stellen umzuwandeln. Damit könnte man den Missbrauch der Minijobs durch große Unternehmen vermeiden.

Epilog

Der deutsche Arbeitsmarkt ist komplex. Die Arbeitgeber konkurrieren im Niedriglohnsektor mit dem Sozialstaat. Der vermögende Bürger muss sich ständig fragen, ob es sich lohnt, sein Vermögen als Arbeitgeber zu vernichten, während der mittellose Bürger sich fragt, ob es sich lohnt, seine Arbeitskraft den Arbeitgebern zur Verfügung zu stellen.

Der Staat tut sich schwer, offen Position für die Arbeitgeber zu beziehen. Seit ich in Deutschland lebe, habe ich noch nie eine politische Rede gehört, in der der Redner die Bevölkerung aufruft, die Ärmel hochzukrempeln, in

die Hände zu spucken und den Spaten in die Hand zu nehmen. Es geht meistens um das Versprechen, mehr für die Armen zu tun. Aber der einseitige Blick auf die Armen bringt meiner Meinung nach Armut ins Land, weil das System träge wird und dadurch wenig Dynamik für Erneuerung entsteht.

Dieser Balanceakt wird in dem Umgang mit den Flüchtlingen deutlich. Der Staat fordert auch für sie den Mindestlohn, obwohl sie nicht mal in Konkurrenz mit den deutschen Arbeitnehmern stehen, weil es ihnen oft an Sprachkenntnissen fehlt und sie meistens ungelernt sind. Der normale Sozialaufstieg wird ihnen dadurch erschwert, obwohl das Gegenteil angestrebt wird.

Es ist mir bewusst, dass ich mit diesem Aufsatz kaum etwas erreichen werde, aber ich hoffe, dass die Mühe nicht umsonst ist. Ich appelliere an alle Politiker, zu handeln. Als Einzelunternehmer ersticke ich, obwohl einige das Gegenteil behaupten.

Braunschweig, 15.06.2021

Luc Degla